

# Der Textil-Arbeiter

**Bereinzelt seid Ihr Nichts.  
Vereinigt Alles!**

## Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:  
Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 III  
Telephon: Amt Köpenick, Nr. 1076.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm's, Berlin O 27, Andreasstr. 61 II, zu richten. Postcheckkonto Berlin 5388.

**Inhalt:** Für die Abonnenten! — Die Massenküche. — Herr v. Batocki zur zukünftigen Lebensmittelversorgung. — Rüstungen im feindlichen Ausland für den Krieg nach dem Kriege (I). — Aus Eingaben in Sachen der Erwerbslosenfürsorge für die Textilarbeiter (II). — Konferenz für Arbeitslosenfürsorge in Sachsen (Schluß). — Zwei wichtige Konferenzen. — Die Konferenz der Verbandsvorstände. — Aus der Textilindustrie. — Vermischtes. — Berichte aus Sachreisen. — Briefkasten. — Verbandsanzeigen. — Quittung. — Privat-Anzeigen.

### Für die Postabonnenten!

Beim Ausbleiben oder bei verspäteter Lieferung einer Nummer wollen sich die Postbezieher stets nur an den Briefträger oder die zuständige Bestell-Postanstalt wenden. Erst wenn Nachlieferung und Aufklärung nicht in angemessener Frist erfolgen, wende man sich unter Angabe der bereits unternommenen Schritte an unseren Verlag.

### Die Massenküche.

Heute, bei der Knappheit sehr wichtiger Lebensmittel, hören wir immer mehr das Verlangen laut werden, die Familienküche zu ersetzen durch die Massenküche. Eine Reihe größerer deutscher Städte, wie Köln, Frankfurt a. M. u. a., sind bereits dazu übergegangen, die Zubereitung der Nahrung für die Bevölkerung in großen Massenküchen vorzunehmen und diese Nahrung literarweise an die Personen abzugeben, die das wünschen. In Berlin soll vom 1. Juli dieses Jahres an in derselben Weise verfahren werden; die Vorbereitungen dazu werden seit Wochen betrieben. Damit sehen wir die ersten Versuche machen in der Durchführung einer Aufgabe, die früher manchem demokratischen Politiker aus dem kapitalistischen Lager Stoff zu Zerrbildern über angebliche Einrichtungen des sogenannten sozialdemokratischen Zukunftsstaates gab. Es sei nur erinnert an die „Zerlehren des feligen Eugen Richter“. Jahrzehntlang ist man in der Presse und in den Wählerversammlungen mit diesen Zerrbildern gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie krebien gegangen. Der sogenannte sozialdemokratische Zukunftsstaat, wie ihn die Phantasie jener kapitalistischen Politiker fabrizierte, sollte ein großes Zuchthaus, günstigsten Falles eine allgemeine Kaserne sein, wo jedem Bewohner, ob reich ob arm, das Essen aus der einen allgemeinen Schüssel in den Futternapf gegeben werden würde. Manchem fetten Bratwürstelspießer mochte bei solchen Schilderungen des angeblichen sozialdemokratischen Zukunftsstaates das Gruseln über die Zeitpolster gelauten sein; aber sicher wird er beim Anhören solcher erlogener Schilderungen niemals geahnt haben, daß das, was da geschildert wurde als angebliche Einrichtung des sogenannten sozialdemokratischen Zukunftsstaates, einmal zur Tatsache werden könnte im kapitalistischen Staate. Jetzt soll so etwas Ähnliches Tatsache werden. Und man ist nun nicht etwa entsetzt darüber, daß man sein Essen, wenigstens am Mittag, aus der allgemeinen Schüssel in seinen Topf bekommen soll, sondern man beginnt jetzt in der Presse, die ionst die Zerrbilder des sogenannten sozialdemokratischen Zukunftsstaates veröffentlichte, das hohe Lied der zentralisierten Küche zu singen.

Wir lesen da:

Zu den Aufgaben der Speisegemeinschaften gehört nicht nur die Herstellung und der Vertrieb von Speisen zu billigen Preisen, sie sind auch als Einrichtung zur Regelung der allgemeinen städtischen Lebensmittelmärkte von hohem Wert. Je mehr sich die Notwendigkeit sparsamer Wirtschaft ergaß, um den Konsum dem auf die eigene Kraft gestellten Produktionsvermögen Deutschlands anzupassen, um so entschiedener setzte sich der Gedanke der Massenpeisung durch. Natürlich lassen sich dabei Lebensmittel, die fehlen oder knapp geworden sind, vor der neuen Ernte auch durch Speisegemeinschaften nicht schaffen, aber es liegt auf der Hand, daß die Organisationen eine viel sparsamere und gleichmäßigere Versorgung ermöglichen. Damit ist jedoch viel gewonnen, denn man darf nicht vergessen, daß die Lebensmittelbestände in den verschiedenen Gebietsteilen außerordentlich ungleichartig sind, es wäre irrig, aus den jeweiligen Marktverhältnissen einzelner Großstädte auf das ganze Land schließen zu wollen, insbesondere muß sehr scharf zwischen den Produktionsgebieten und den reinen Verbrauchszentren unterschieden werden. Mit dem Ausbau der Speisegemeinschaften kommt der Einkauf in geregelte Bahnen, denn die Massenpeisung wird neuerdings von den Gemeinden organisiert, die dazu notwendigen Nahrungsmittel sollen möglichst auf dem direktesten Wege von den Produzenten bezogen werden. Damit entfällt eine vielfach regellose Dedung des Bedarfs großer Käuferkategorien, die nicht zuletzt manche Schwierigkeiten der Nahrungsmittelversorgung verschuldete, weil sehr oft sprunghafte Massennachfrage zu einem plötzlichen Verschwinden bestimmter Waren führt, wo geordneter Einkauf bei zweckmäßiger Verteilung der gleichen zur Verfügung stehenden Menge die Befriedigung der Ansprüche einer viel größeren Zahl von Verbrauchern zugelassen hätte.

Was eine zentralisierte Küche zu leisten vermag, zeigen die Ausweise der Kriegsfürsorge in der Stadt Frankfurt a. M., nach denen im März der Herstellungspreis für die Portion Mittagessen, das aus einer Suppe, einem Gang Fleisch, Gemüse, Fisch oder dergleichen besteht, insgesamt 33 Pfennig betrug, wovon 28 1/2 Pfennig auf Lebensmittel und 4 1/2 Pfennig auf Unkosten unter Berechnung von Abschreibungen auf die Einrichtung entfielen. Zu diesem Preise konnte gelegentlich als Beigabe auch noch Salat und Kompott verabreicht werden. Wird also auf diese Weise eine Verbilligung der täglichen Hauptmahlzeit und eine wesentliche Schonung der vorhandenen Vorräte erzielt, so kommt auch noch eine wesentliche Ersparnis an Zeit und Kraft für die Teilnehmer der Speisegemeinschaften hinzu. Durch die Mobilisierung der Arbeit, wie sie sich in Deutschland vollzog, sind viele Frauen, die früher nicht berufstätig waren, an die Arbeitsstelle der Männer getreten, sie vermögen in der neuen wirtschaftlichen Situation ihren Haushalt selbst nicht oder doch nur unter sehr schweren Bedingungen zu führen. Zwar ist durch die Rationierung von Lebensmitteln der Einkauf gegenüber den Zuständen, wie sie sich vorher herausgebildet hatten, bereits vielfach vereinfacht und erleichtert worden, er erfordert aber doch oft einen Aufwand an Zeit, der gerade für die arbeitende Frau am schwersten ins Gewicht fällt.

Werden die Speisegemeinschaften als Einrichtungen der Gemeinden wohlthuend empfunden, so ist doch nicht beabsichtigt, sie der Bevölkerung als Zwangsmaßnahme aufzudrängen, die Beteiligung an dem Bezug von Essen war bisher und bleibt weiterhin eine freiwillige. Kommt bei den großen Vorteilen, die das System der Bezirksküchen, aus denen das Essen in der Regel von den Abnehmern in die Wohnungen geholt wird, eine sehr rege Inanspruchnahme weiter Kreise in Frage, so wird die alte Familienküche auch dort, wo die Massenpeisung sehr umfangreich betrieben wird, noch lange nicht verschwinden, die Einzelhaushaltungen, die das Mittagessen selbst bereiten, werden sich nach wie vor in großer Zahl behaupten. Doch auch bei dieser immerhin beschränkten Anwendung von Speisegemeinschaften wird der angestrebte Erfolg einer verbilligten Ernährung bei gleichzeitiger Regelung und Sicherung der Versorgung erreicht werden.

So zu lesen in zahlreichen kapitalistischen Blättern. Not macht also nicht nur erfinderisch, sondern sie kann auch für manche Zerrbilderfabrikanten recht tragisch werden. Es ist sehr wahrscheinlich, daß in den großen Städten heute mancher ehemalige „Sozialistentöter“ froh sein wird, wenn er sein Essen aus der allgemeinen Schüssel beziehen kann.

Wir sind durchaus der Meinung, daß in der Massenküche ein billigeres, besseres und nahrhafteres Essen hergestellt werden kann, wie das, namentlich jetzt bei dem Fett- und Fleischmangel, in der Einfamilienküche möglich ist; wenn natürlich auch das, was jetzt wahrscheinlich nur vorübergehend zur Durchführung kommen soll, himmelweit entfernt ist von dem Ideal der Speisegemeinschaft, die eine auf sozialistischer Grundlage stehende Gesellschaft durchführen könnte.

Es ist nicht unwichtig in diesem Zusammenhang die Ausführungen wiederzugeben, die unser großer verstorbener Führer August Bebel in seinem Buche „Die Frau und der Sozialismus“ zur Frage der Massenpeisung niedergeschrieben hat. Er sagt dort:

„Bei der Nahrung handelt es sich weit mehr um die Qualität als die Quantität, viel hilft nicht, wenn das Viele nicht gut ist. Die Qualität wird aber durch die Art und Weise der Zubereitung bedeutend verbessert. Nahrungszubereitung muß ebenso wissenschaftlich betrieben werden, wie andere menschliche Tätigkeiten, soll sie möglichst vorteilhaft sein. Dazu gehört Wissen und Einrichtung. Daß unsere Frauen, welchen gegenwärtig die Nahrungszubereitung hauptsächlich zufällt, dieses Wissen oft nicht besitzen und nicht besitzen können, bedarf keines Beweises mehr. Die Technik der großen Küchen hat schon gegenwärtig eine Vollkommenheit erreicht, welche die auf beste eingerichtete Familienküche nicht kennt. Insbesondere ist es die mit Elektrizität für Heizung und Beleuchtung eingerichtete Küche, die dem Ideal entspricht. Kein Rauch, keine Hitze, keine Dünste mehr; die Küche gleicht mehr einem Salon als einem Arbeitsraume, in dem alle möglichen technischen und maschinellen Einrichtungen vorhanden sind, welche die unangenehmsten und zeitraubendsten Arbeiten spielend erledigen. Da sind die elektrisch betriebenen Kartoffel- und Obstschäler, die Entfernungsapparate, Würstestöcker, Speckpresser, Fleischhacker, Fleischrührer, Bratapparate, Kaffee- und Gemüzmühlen, die Brotchneideapparate, Eiszerkleinerer, Korkzieher, Korkpressen und hundert andere Apparate und Maschinen, die einer verhältnismäßig kleinen Zahl Personen mit mäßiger Anstrengung ermöglichen, für Hunderte von

Tischgästen die Speisen zu bereiten. Daselbe ist mit den Spül- und Reinigungseinrichtungen der Fall.

Die Privatküche ist für Millionen Frauen eine der anstrengendsten, zeitraubendsten und verschwendendsten Einrichtungen, bei der ihnen Gesundheit und gute Laune abhanden kommt und die ein Gegenstand der täglichen Sorge ist, namentlich wenn, wie bei den allermeisten Familien, die Mittel die knappsten sind. Die Beseitigung der Privatküche wird für ungezählte Frauen eine Erlösung sein. Die Privatküche ist eine ebenso rückständige und überwundene Einrichtung wie die Werkstätte des Kleinmeisters, beide bedeuten die größte Unwirtschaftlichkeit, eine große Verschwendung an Zeit, Kraft, Heiz- und Beleuchtungsmaterial, Nahrungsmitteln usw.

Der Nährwert der Speisen wird durch ihre leichte Assimilierbarkeit erhöht; diese ist entscheidend. Eine naturgemäße Nährweise aller kann also auch erst die neue Gesellschaft ermöglichen. Cato rühmt vom alten Rom, daß es bis zum 6. Jahrhundert der Stadt (200 vor Christo) wohl Kenner der Heilkunde gab, aber es an Beschäftigung fehlte. Die Römer lebten so nüchtern und einfach, daß Krankheiten selten vorkamen und der Tod durch Altersschwäche die gewöhnliche Form des Todes war. Erst als Schlemmerei und Müßiggang, kurz das Lotterleben auf der einen, Not und Ueberarbeit auf der anderen Seite um sich griffen, wurde es gründlich anders. Die Schlemmerei und das Lotterleben sollen künftig unmöglich sein, aber auch Not, Elend und Entbehrung. Es ist für alle genug vorhanden.“

Bebel war bei all seiner Impulsivität ein scharf urteilender Kopf und schnell zuffassender Realpolitiker. Was er in den vorstehend wiedergegebenen Zeilen über die Zweckmäßigkeit der Massenküche im Gegensatz zur Einfamilienküche sagt, wird heute allgemein als richtig anerkannt werden.

Die produktive Leistungsfähigkeit des Volkes könnte in ungeahnter Weise gesteigert werden, würde dafür Sorge getragen, daß die Zubereitung preiswerter und schmackhafter Nahrung zentralisiert und dadurch der Frau eine große Last vom Hals genommen würde.

Offentlich stellt die jetzt unternommene Massenpeisung den Anfang dar für die weitere Vervollkommnung des Zusammenlebens der Menschen. Wir würden es bedauern, wenn das, was jetzt die Umstände erzwingen, in den Annalen der Zeit nichts anderes darstellen sollte wie eine Zwischenhandlung.

### Herr v. Batocki zur zukünftigen Lebensmittelversorgung.

Wie er schon im Reichstage sagte, hat sich der Präsident des Kriegsernährungsamtes, Herr v. Batocki, in die verschiedenen Wirtschaftsgebiete des Reiches begeben, um sich selbst an Ort und Stelle zu überzeugen, wo und wie am schnellsten geholfen werden kann. Zuerst war er in München und darauf im westfälischen Industriegebiet. Am 20. Juni d. J. hielt Herr v. Batocki in Düsseldorf in einer zahlreichen Versammlung von Vertretern der Presse aller Parteien einen Vortrag über die Lage über die Versorgung mit Lebensmitteln. Einen Teil davon geben wir hier wieder. Er führte u. a. aus:

In der Arbeit des Kriegsernährungsamtes ist zu unterscheiden die Tätigkeit in den nächsten Wochen und die Tätigkeit für die neue Wirtschaftsperiode. Für die nächsten Wochen ist die Lage schwierig. Die Versorgung mit Brot ist zum Glück dank der gesunden Politik der Reichsgetreidestelle so gesichert, daß Zulagen an die Schwerarbeiter und als Ausgleich für Kartoffeln, die nicht zeitig zur Stelle sein können, gegeben werden. Bis die neue Ernte kommt, haben wir also in der Brotversorgung keine Sorge. Die Kartoffelfrage steht nicht so günstig. Für den Westen kommt besonders in Betracht, daß Holland durch die wahrscheinlich mit englischem Gelde hervorgerufenen Unruhen in Holland seine Grenzen sperrt. Wann diese Grenze wieder geöffnet wird, kann man nicht wissen. Wir haben alles getan, um mehr Kartoffeln freizumachen. In etwa 14 Tagen wird alles wieder besser in dieser Sache werden. Die Frühkartoffelfrage darf man nicht zu optimistisch auffassen. Hülsenfrüchte, Graupen, Grieß und Speck ist in großen Mengen in die Industriebezirke des Westens und Ostens für die schwerarbeitende Bevölkerung verteilt worden. Soweit es nur geht, wird den schwerarbeitenden Schichten der Bevölkerung geholfen. Die Butter soll besser verteilt werden. Es soll auch versucht werden, mehr Buttermilch zu liefern. Butter, Margarine und alle anderen Fette sollen von einer Stelle aus verwaltet und gleichmäßig verteilt werden.

Damit wir im nächsten Winter nicht unter demselben Mangel wie im verflossenen Winter leiden. Die Ausfuhrbeschränkung ganz zu beseitigen ist sehr schwer. Das steht mit der Zwangslieferung im Zusammenhang.

Was das nächste Wirtschaftsjahr betrifft, so können wir mit einer besseren Ernte rechnen, wenn der Himmel ein Einsehen hat. Wenn wir eine nur einigermaßen normale Ernte haben — es braucht noch lange nicht eine sehr gute Ernte zu sein —, so müssen wir besser dastehen als im Vorjahr. Selbstverständlich ist es notwendig, daß die gute Ernte auch richtig verteilt wird. Da werden die Erfahrungen der zwei letzten Jahre helfen. Es soll versucht werden, die Kartoffelversorgung in scharfer Weise so zu regeln, daß das ganze Eindeck mit Kartoffeln schon im Herbst erfolgt. Dadurch kann es vielleicht weniger Futterkartoffeln geben, und wenn es dann weniger Schweinefleisch geben sollte, so müssen wir das in Kauf nehmen. Die Kartoffelversorgung ist die Hauptsache. Die Getreideversorgung wird bleiben, wie sie ist. Es soll ein Einheitsmehl geschaffen werden. Das sind ungefähr die allgemeinen Gedanken für die nächstjährige Versorgung: Verwendung der zweijährigen Erfahrungen, eine schärfere Erfassung der Vorräte, eine schärfere Sicherstellung der Vorräte und möglichst gleichmäßige Verteilung. Dabei muß man auch mit Wasser kochen. Da wir über drei Viertel unserer Landwirtschaft in kleinen Betrieben haben, ist es unmöglich, jedem Landwirt das allerbeste unter scharfer Kontrolle fortzunehmen. In den nächsten Tagen wird eine sehr eingehende Verfügung gegen den Kettenhandel, soweit er Kriegshandel ist, unter Befreiung offener Ladengeschäfte erlassen. Man darf auch nicht, wenn man in solchen Zeiten der erregten kritischen Meinung ein Objekt gibt, das ungefährlich ist. Ich bin durchaus nicht empfindlich. Wenn einmal die Stimmung des Volkes es erforderte, würde ich mich auch dazu hergeben, selbst der schärfsten Kritik unterworfen zu werden, selbst wenn es eine Kritik wäre, wie sie gegen im öffentlichen Leben stehende Männer jetzt unternommen worden ist und die manchmal über das Maß hinausgeht. Man muß eine solche Sache mit Optimismus betrachten. Ich habe mit meinem Vorstand, der sich schon gut eingearbeitet hat, den besten Willen, das, was unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen möglich ist, zu erreichen. Doch bitte ich um Wohlwollen für unsere Arbeit und darum, daß Sie sich die Schwierigkeiten klarmachen und mit Vertrauen uns begegnen. Wenn man mit gesundem Mißtrauen beobachtet wird, so ist das berechtigt, wenn aber mit falschem und ungesundem Mißtrauen, so kann das die Erfüllung der Aufgabe erschweren.

Wir werden es nicht machen, wie es die Junker machen mit dem Herrn Reichskanzler; wir werden die Tätigkeit des Kriegsernährungsamtes mit gesundem Mißtrauen beobachten, in der Hoffnung, daß es dieser Tätigkeit doch gelingen möge, der augenblicklichen Schwierigkeiten Herr zu werden und dafür zu sorgen, daß neue Schwierigkeiten vermieden werden. Wir bemerken aber auch hier, daß es nicht allein auf die gleichmäßige Verteilung der Produkte ankommt, sondern auch auf die Anweisung an die Produzenten, in erster Linie das zu produzieren, was wir brauchen.

### Rüstungen im feindlichen Ausland für den Krieg nach dem Kriege.

I.  
Vom 14. bis 17. Juni 1916 hat in Paris eine Konferenz von Mitgliedern der Regierungen der im Weltkriege Deutschland feindlich gegenüberstehenden Länder getagt, die sich u. a. auch mit der Frage beschäftigte, welche Maßnahmen zu ergreifen seien, um auch nach dem jetzigen Kriege noch den Krieg, wenn auch nur auf wirtschaftlichem Gebiet, ungeschwächt fortzusetzen. Es wäre eine Selbsttäuschung, welche leicht sehr verhängnisvoll werden könnte, wollten Arbeiterblätter an dieser Konferenz mit der heute oft gehörten Bemerkung vorübergehen, daß, was auf jener Konferenz an Vorschlägen für die Regierungen der feindlichen Länder zurechtgebracht worden ist, läßt sich ja gar nicht alles durchführen. Es kommt gar nicht darauf an, ob sich die Vorschläge restlos durchführen lassen; es können Vorschläge, die sich schließlich als undurchführbar erweisen, in der Zeit, wo man mit ihnen experimentiert, schädlicher wirken bei dem, gegen den sie angewandt werden, wie Vorschläge, die sich leichter durchführen. Es kommt also zunächst weniger auf die Durchführbarkeit der Vorschläge als darauf an, ob der Wille vorhanden ist, den Versuch zu unternehmen, die Vorschläge durchzuführen.

Was enthalten die Vorschläge an Forderungen für die Durchführung des Wirtschaftskrieges? In der amtlichen Note wird gesagt, für die verbündeten Regierungen, also für die Regierungen von England, Frankreich, Belgien, Italien, Serbien, Rußland und Japan und für die Gesamtheit der neutralen Länder soll die Beachtung guter Handelsmethoden gesichert und den Verbündeten zugleich erleichtert werden die Aufstellung dauernder Normen für ein Wirtschaftsbündnis. Es wird vorgeschlagen, die Deutschland feindlich gegenüberstehenden Länder sollen sich zu einem Wirtschaftsbündnis zusammenschließen, durch welches der Handel jener Länder untereinander allerlei Erleichterungen erfahren soll gegenüber dem Handel mit den Ländern, gegen welche die Länder der Regierungen, die auf der Pariser Wirtschaftskonferenz vertreten waren, im Kriege stehen. Europa soll also in zwei handelspolitische Lager zerrissen werden, und zwar dauernd. Die Beschlüsse jener Konferenz sind in drei Abschnitte zusammengefaßt:

- 1. Maßregeln für die Zeit des Krieges.
- 2. Ubergangsmaßregeln für den Zeitabschnitt des kommerziellen, industriellen, landwirtschaftlichen und maritimen Wiederaufbaus der verbündeten Länder.
- 3. Dauernde Maßregeln für die Zusammenarbeit und den gegenseitigen Beistand zwischen den Verbündeten.

Die Beschlüsse endigen mit folgender Erklärung: Indem die Vertreter der verbündeten Regierungen feststellen, daß die verbündeten Mächte zu ihrer gemeinsamen Verteidigung gegen den Feind darin einig sind, in den Fragen, die durch die von ihnen angenommenen Beschlüsse näher umschrieben werden, dieselbe Wirtschaftspolitik einschlagen zu wollen, und indem sie anerkennen, daß die Wirksamkeit dieser Politik vollständig davon abhängt, daß diese Beschlüsse sofort in Kraft gesetzt werden, verpflichten sie sich, ihren Regierungen anzupfehlen, unverzüglich alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um dieser Politik sogleich ihre volle und ganze Wirkung zu verleihen und sich untereinander die zur Erreichung dieses Zieles beschlossenen Entscheidungen mitzuteilen.

Die Maßregeln für die Zeit des Krieges bestimmen, daß die Verbündeten ihren Staatsangehörigen und allen in ihrem Staatsgebiet befindlichen Personen den Handel verbieten mit 1. den Einwohnern der feindlichen Länder, gleichgültig, welcher Staatsangehörigkeit sie sind, 2. mit den feindlichen Staatsangehörigen, gleichgültig, wo sie ihren Wohnsitz haben, 3. mit Einzelpersonen, Gesellschaften, Handelshäusern, die dem Einfluß des Feindes unterworfen sind. Die Verbündeten werden außerdem den Eintritt aller aus den Ländern des Feindes stammenden Waren in ihr Gebiet untersagen und werden endlich die bereits gegen die Lebensmittelversorgung des Feindes getroffenen Maßregeln durch Vereinheitlichung der Warenlisten und entsprechende Anordnungen vervollständigen.

Die Ubergangsmaßregeln und Maßregeln für den Wiederaufbau bestimmen, daß die Verbündeten, da der Krieg alle Handelsverträge zwischen ihnen und den feindlichen Mächten null und nichtig gemacht hat, nunmehr übereinkommen, dem Feinde die Zubilligung einer Begünstigungsklausel für eine Zahl von Jahren zu verweigern, die im Wege eines allgemeinen Abkommens bestimmt werden wird. Zugleich kommen die Verbündeten überein, sich gegenseitig während dieser Reihe von Jahren in jedem möglichen Maße Ausgleichsmärkte zu sichern. Sie kommen weiter überein, sich gegenseitig während desselben Zeitraums den Nutzen ihrer natürlichen Hilfsquellen vorzubehalten, und beschließen endlich, einen Zeitraum festzusetzen, während dessen der Handel mit den feindlichen Mächten einer besonderen Aufstellung von Spezialnormen unterworfen werden soll, und schließlich, daß die Ausübung gewisser Industrien, welche die Landesverteidigung interessieren, den feindlichen Untertanen auf dem Gebiet der Verbündeten unterjagt sein soll.

Dauernde Maßregeln für die Zusammenarbeit und den gegenseitigen Beistand zwischen den Verbündeten. Die Verbündeten werden unverzüglich die nötigen Maßnahmen treffen, um sich von jeder Abhängigkeit von den feindlichen Ländern freizumachen bezüglich der für die normale Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit wesentlichen Rohstoffe und Fabrikate. Sie werden sich bemühen, die Erzeugung in allen ihren Ländern zu steigern und alle Maßnahmen treffen, die dazu bestimmt sind, den Austausch ihrer Erzeugnisse zu erleichtern, und alle Zoll- und ähnlichen Maßregeln anwenden, um ein Eindringen des Feindes abzuwenden. Sie werden schließlich ein gemeinsames System und eine Vereinheitlichung der Gesetzgebung vorbereiten in bezug auf Patente, Fabrikmarken, Schutz des literarischen und künstlerischen Eigentums usw.

Es darf von uns nicht angezweifelt werden, daß diese Beschlüsse eine neue große Gefahr für die europäische Menschheit bedeuten; weniger vielleicht durch ihre eventuelle Wirksamkeit, als vielmehr der Gefahren wegen, die sie dadurch, daß sie überhaupt gefaßt wurden, heraufbeschwören. Gewiß, es sind noch keine Abmachungen mit Gesetzeskraft, aber es hieße schädlichste Vogelstraußpolitik treiben, wollte man sagen, es stehe kein Wille hinter den Vorschlägen. Es handelt sich um Vorschläge einer Konferenz, die offiziellen Charakter getragen hat. Es war der französische Ministerpräsident Briand selbst, der die Abgesandten der anderen Regierungen empfing, und der französische Handelsminister Clémentel führte den Vorsitz. Es nahmen teil an der Konferenz: Aus Frankreich: Kolonialminister Doumergue, die Minister Sembat, Thierry, Nail und Generalsekretär Jules Cambon. Aus England: Lord Crewe, Bonar Law, der australische Premierminister Hughes und der kanadische Handelsminister George Foster. Rußland war vertreten durch den Reichskontrolleur und früheren Finanzchef Bokrowsky, Italien durch den Finanzminister Daneo, Japan durch Baron Sakatani, Serbien durch Marinkowitsch und Belgien durch die Minister de Broicqueville und Baron Beyens.

Wir haben es also hier mit einer Konferenz zu tun, die ganz anders zu bewerten ist, wie etwa eine Konferenz privater Lobredner einer deutsch-österreichischen Wirtschaftsgemeinschaft. Soweit bekannt ist, hat sich die deutsche Regierung bisher kluger Weise ferngehalten von Veranstaltungen bei uns, die Zwecke verfolgen, welche, wenn sie auch nicht annähernd so gefährliche Pläne wie jener der Pariser Konferenz verfolgen, aber doch in dem heutigen, leicht erregbaren Luftstreich, der über dem Empfindungsvermögen der Völker lagert, sehr leicht als unheilvolle Gefahren angesehen werden können.

Nach den Erfahrungen, die wir in diesem Kriege gemacht haben und die uns lehren, den Versuch zu unterlassen, vorher bestimmen zu wollen, daß die Ereignisse sich unseren Wünschen und Hoffnungen anpassen sollen, sollen wir es auch den Beschlüssen dieser Konferenz gegenüber unterlassen, unsere Wünsche und Hoffnungen in Gegensatz zu stellen zu den Absichten der Konferenzteilnehmer. Wir haben das zu nehmen, was ist, und danach steht die Sache so, daß sich die Vertreter der uns feindlich gegenüberstehenden Regierungen dahin verständigt haben, ihren Auftragegebern, d. h. den feindlichen Regierungen, vorzuschlagen, gesetzgeberische Maßnahmen zu treffen für die wirkungsvolle Führung des Wirtschaftskrieges während dieses Krie-

ges, für die Zeit des Uberganges von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft, also während der Friedensverhandlungen und kurz nach denselben, und drittens für die fernere Zeit nach dem Kriege. Und was wird da an gesetzgeberischen Maßnahmen gefordert? Gesetze, welche den Staatsangehörigen und im Staatsgebiet befindlichen Personen verbieten, mit den Einwohnern in Deutschland und den mit diesem verbündeten Ländern, gleichgültig, wo sie wohnen, Handel zu treiben. Ferner Gesetze, die verbieten, Handel zu treiben mit Personen anderer Staatsangehörigkeit, sofern sie in Deutschland oder in einem mit Deutschland verbündeten Staate wohnen; und schließlich ein Gesetz, die den Handel verbieten mit Personen oder Gesellschaften im neutralen Ausland, sofern diese unter dem Einfluß Deutschlands oder eines mit Deutschland verbündeten Staates stehen.

Schon die Vorschläge werden nicht nur in Deutschland und den mit diesem verbündeten Staaten neuen Groll auslösen, sondern auch im neutralen Ausland. Und gerade darin liegt das Verhängnisvolle der mahnwichtigen, vor Saß und Verblendung eingegebenen Vorschläge. Sie sind neues Wasser auf die Mühlen jener, die sich recht wohl fühlen in dieser Zeit des Krieges, und denen nur unbehaglich wird, wenn sie vom Frieden reden hören. Es besteht die große Gefahr, daß diese mahnwichtigen Vorschläge das Menschenmorden nicht nur verlängern, sondern vermehren durch Hineinziehung weiterer Staaten. Die „Zürcher Nachrichten“ schreiben:

„Die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz sind eine verstärkte Herausforderung zum Kampfe auf Leben und Tod. Der Bierbund weiß jetzt, daß es um seine völlige wirtschaftliche Vernichtung geht. Daß dabei auch einige Ententestaaten bluten werden, wie Italien und Rußland, ist ein schlechter Trost. England kann sich freilich die Hände reiben. Sichert ihm das Londoner Abkommen im September 1914 die politische Oberherrschaft im Fünferverband während des Krieges, so gibt ihm das Abkommen auf der Pariser Konferenz die bleibende wirtschaftliche Oberherrschaft über seine Verbündeten. Wohl plant auch der Bierbund ein Wirtschaftsabkommen, aber mit vernünftigen freien Tendenzen für die Neutralen. Die Pariser Beschlüsse sind ein Anschlag auf ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit.“

Das genannte Blatt richtet an den Bundesrat der Schweiz die erste und nachdrückliche Forderung, die anderen Neutralen um sich zu sammeln, um gemeinsam mit ihnen einen geharnischten Protest gegen diese Beschlüsse abzugeben. Es schließt: Satten wir in der Schweiz schon bisher allen Grund, den Himmel zu bitten, den Mittelmächten einen entscheidenden Sieg zu verleihen, so jetzt doppelt und dreifach, denn nun geht es auch um unseren Hals.“

Ähnlich urteilt man in Dänemark. Die Zeitung „Politiken“ schreibt:

„Es werden somit zwei große wirtschaftliche Organisationen sich gegenüberstehen, nämlich die der Mittelmächte und die der Mittelmächte, die erstere mit dem Ziel, sich selbst zu genügen, die zweite, ihre Mitglieder durch gegenseitige Unterstützung zu stärken, jedoch bereit, den internationalen Handelsverkehr sofort wieder aufzunehmen. Erst eine lange Reihe von Jahren wird entscheiden, welche dieser beiden Grundzüge der stärkere und somit der siegreichere ist. Aber zwischen diesen beiden Gruppen stehen die kleinen neutralen Staaten, deren Stellung nicht weniger schwierig wird, als sie es während des Krieges ist. Für sie wird selbst der Friedensschluß nicht der wirtschaftlichen Frieden bedeuten, sondern nur neue Bedrängnisse, aus denen sie nur Weitblick, Kraft, Geschmeidigkeit und Takt der leitenden Staats- und Finanzmänner erretten kann.“

Es braucht hier nicht mehr des näheren auseinandergelegt zu werden, was die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz für die deutsche Textilindustrie bedeuten. Jeder Textilarbeiter, der sich einigermaßen um die Existenzverhältnisse der Textilindustrie kümmert, weiß, daß die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz, wenn sie auch nur zum Teil durchgeführt werden, für den deutschen Textilarbeiter gleichbedeutend sind mit Verschlechterung des Arbeitsmarktes und in weiterer Folge mit Zunahme der Verelendung. Wer sich informieren will, wie für unsere Industrie für die Zeit des Wiederaufbaues des Wirtschaftslebens nach dem Kriege die Verhältnisse liegen, den verweisen wir nochmals auf die jetzt den Ortsverwaltungen zugeandene Broschüre: „Die zukünftige Handelspolitik Deutschlands und die Interessen der deutschen Textilarbeiter.“ Es ist dort ein reiches Tatsachenmaterial zusammengetragen, welches dazu dienen wird, die Tragweite der Pariser Beschlüsse zu ermessen.

### Aus Eingaben in Sachen der Erwerbslosenfürsorge für die Textilarbeiter.

II.  
Auch in Baden hatten die Vertreter unseres und des christlichen Verbandes eine gemeinschaftliche Eingabe an das Badische Großherzogliche Ministerium des Innern gerichtet. In dieser Eingabe wurde gesagt, daß wohl die Erwerbslosenfürsorge in Baden jetzt für alle Arbeiter der Textilindustrie eingeführt sei, was allseitige Anerkennung gefunden habe, aber infolge der ungeheuren Steigerung der Preise für alle zum Leben notwendigen Bedarfsartikel, die seit Einführung der Erwerbslosenfürsorge zu verzeichnen sei, sei niemand mehr in der Lage, mit der bisher gezahlten Unterstützung auskommen zu können. Eine alleinstehende Person könne mit 14 Pf. die Stunde bei diesen zurzeit bestehenden Lebensmittelpreisen nicht leben, ebensowenig könne ein Haushaltungsvorstand ein Familienmitglied mit 3 Pf. die Stunde oder ein Kind mit 4 Pf. pro Stunde ernähren.

Ferner bitten die Einsender das Großherzogliche Ministerium des Innern, dafür zu sorgen, daß die Anrechnung von reichsgesetzlichen Renten, soweit sie die Höhe der Unterstützung nicht erreichen, zum Beispiel Altersrente, Witwen- und Waisenrente, in Wegfall kommt; ebenso sei das Anrechnen



Bereins- und Versammlungsrecht behindernden Gesetzesbestimmungen beseitigt werden.

Der erste Teil der Resolution wurde einstimmig, der zweite gegen zwei Stimmen angenommen. Ein Vertreter erklärte, daß er sich der Stimmabgabe enthalten habe, weil die Mehrheit seines Verbandsvorstandes die Taktik der Sozialdemokratischen Fraktion nicht als richtig anerkennen könne.

Im weiteren beschäftigte sich die Konferenz mit den Bestrebungen, ein Arbeiterrecht nach dem Kriege zu schaffen. Die Aussprache über diese Angelegenheit blieb zunächst eine informatorische; ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Die Frauenerwerbsarbeit während des Krieges, über welche Fräulein G. Hanna referierte, ist ein Problem, das die Gewerkschaften zu erhöhter Aufmerksamkeit nötigt.

Zur Vorbereitung einer gründlichen Diskussion über das Lehrlingswesen auf dem nächsten Gewerkschaftskongress empfahl J. Sassenbach eine Untersuchung über die technische und theoretische Ausbildung und die wirtschaftliche Lage der Lehrlinge, wobei besonders die Zweckmäßigkeit der Berufsberatung, die Fragen des Fortbildungsschulwesens, des Kost- und Logiswesens und der väterlichen Gewalt des Lehrherrn zu berücksichtigen seien.

Es folgte dann die Stellungnahme zur Volksernährungsfrage, über welche wir bereits berichteten.

Aus der Textilindustrie.

Ein Verband Deutscher Papiergarnwebereien

Ist dieser Tage in Berlin gegründet worden. Dem Vorstande des Verbandes gehören folgende Herren an: Prof. Dr. Abbe (Deutsche Textilwerke, Karlsruhe), Direktor Fritzmann (Pongs Spinnereien und Webereien A.-G., Dedenkirchen, Rheinland), Neumer (Rheinland), Direktor Hilgner (Mechanische Baumwollweberei G. m. b. H., Fulda).

Neu- und Erweiterungsbauten von Textilfabriken in der Kriegszeit.

Trotzdem die deutsche Textilindustrie im allgemeinen während der jetzigen Kriegszeit einen schweren Stand hat, regt sich doch an vielen Stellen des Reiches der Drang zu weiterer Ausdehnung der Fabrikation. Nach dem „Konfektionär“ sind besonders in Sachsen eine ganze Reihe von Fabrikanlagen der Textilwarenbranche im Entstehen begriffen.

Vermilchtes.

Die Kunst, Vögel zu vercheuchen.

Ein sehr empfehlenswertes Mittel, Spaken, Stare und andere Kirchenräuber von den Obstbäumen fernzuhalten, besteht darin, daß man an mehrere Äste des Baumes unwundene Papierknäuel hängt, in denen man vorher einige Nähnesterchen befestigt hat.

Berichte aus Fachkreisen.

Grünberg. „Die Erwerbslosenfürsorge in der Textilindustrie“ — so lautete das Thema, über welches der Reichstagsabgeordnete Kollege Hermann Fädel, Berlin, am Sonnabend, den 24. Juni, in einer sehr gut besuchten Versammlung sprach.

günstigen Einwirkungen auf die Textilindustrie bei Ausbruch des Krieges. Eine große Anzahl von Textilbetrieben wurde sofort nach Ausbruch des Krieges geschlossen, so daß ein gewaltiges Heer von Arbeitslosen vorhanden war. Dieses änderte sich, sobald die Heeresverwaltung mit ihren gewaltigen Massenaufträgen an die Textilindustrie herantrat.

„Die am 24. Juni im Saale des „Deutschen Kaiser“ sehr zahlreich versammelten Textilarbeiter und -arbeiterinnen sind mit dem Referenten der Meinung, daß die jetzt geltenden Sätze der Erwerbslosenunterstützung für Textilarbeiter den infolge der enormen Teuerung gesteigerten Ansprüchen der Familienunterhaltung durchaus nicht mehr genügen.“

Da sich niemand zur Diskussion zum Wort meldete, sprach Kollege Lücke noch zum Schluß über örtliche Verhältnisse und forderte die anwesenden indifferenten Arbeiter und Arbeiterinnen auf, sich der Organisation anzuschließen, um somit einen härteren Druck auf die Regierung und Unternehmer auszuüben.

Guben. Die Textilarbeiterlosen-Fürsorge zeitigt in Guben immer herrlicheren Blüten. Daß dieselbe gewissen Leuten ein Dorn im Auge ist, haben die Auslegungen der Satzungen durch einen Teil der Unternehmer zur Genüge bewiesen.

Hannover-Linden. Eine am 16. Juni veranstaltete Versammlung arbeitsloser und im Erwerb erheblich beschränkter Textilarbeiter beschäftigte sich mit Steuerfragen und Unterstützungsangelegenheiten. Arbeitersekretär Chr. Schrader gab Belehrungen über Steuerfragen, über Reklamationsmöglichkeiten und Steuerermäßigungen.

Allerdings muß von den Mitgliedern der Organisation verlangt werden, daß sie fest zum Verbands stehen. Denn nur so konnten und können Erfolge erzielt werden. Also: Treue um Treue!

Briefkasten.

L. G. in Ufhorn. Sie müssen sich mit Ihrem Antrag an das für Ihren Ort zuständige Versicherungsamt wenden.

Verbandsanzeigen.

Bekanntmachungen.

Vorstand. Sonntag, den 9. Juli, ist der 28. Wochenbeitrag fällig.

Adressenänderungen.

Gau 7, Erlangen. Der Kassierer ist eingezogen. Alles an den Vorsitzenden G. Köppel, Nürnberg, Straße 100.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Barmen. Karl Berthmüller, Riemenmacher, 49 J., Bauchfellentzündung. Fritz Salzberg, Kassenbote, 70 J., Gehirnerkrankung.

Elberfeld.

Karl Dohrmann, 54 J., Herzlähmung.

Berlin.

Reinhold Drecoll, Spleißer, 42 J., Lungenentzündung.

Gilenburg.

August Eichorakki, 59 J., Herzschlag.

Hamburg.

Weg. Altona. Wilhelm Ahrens, Wollwämereiarbeiter, 45 J., Lungenentzündung.

Kirchberg i. Sa.

Alata Weller, 31 J., Wasserflucht.

Langenbielau.

Richard Lindner, 41 J., Lungenentzündung.

Im Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitglieder.

Barmen. Peter Canterz, Riemenmacher, 27 J., Emil Beichel, Färber, 34 J., Emil Jöke, Gummibandmacher, 30 J., Fritz Mittendorf, Seidenbandmacher, 36 J., Heinrich Hufstadt, Wäschebandmacher, 38 J., Ferdinand Göbel, Gummibandmacher, 43 J., Alex Flügel, Riemenmacher, 26 J., Hermann Bodmühl, Wäschebandmacher, 22 J., Ferdinand Limberg, Riemenmacher, 26 J., Emil Kronenberg, Färber, 39 J., Alex Rehl, Färber, 32 J., Emil Bartholme, Färber, 36 J., Julius Hechtenberg, Färber, 39 J., Heinrich Lenz, Riemenmacher, 37 J., Wilhelm Schlegel, Knopfmacher, 20 J., sämtlich aus Barmen.

Elberfeld.

Albrecht Krabich, Färber, 27 J., Otto Hilger, Fabrikarbeiter, 28 J., August Berger, Färber, 24 J.

Erlangen.

Martin Etrunk, Weber, 26 J.

Maritzsch.

Alfons Rumbold, Bettler, 36 J.

Honnberg.

Richard Schmidt, Weber, 41 J.

Ehre ihrem Andenken!

Zusammenkünfte.

Mitglieder-Versammlungen.

Sonnabend, 15. Juli.

Deberan. Abends 9 Uhr, in der „Erholung“.

Quittung.

Im Juni gingen bei dem Unterzeichneten ein aus Wittgensdorf 15,45 Mk.

Paul Wagener, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 III.

Privat-Anzeigen. (Kostenbetrag ist im voraus zu entrichten, widrigenfalls die Aufnahme abgelehnt wird.)

Filiale Berlin.

Am Sonnabend, den 15. Juli 1916, abends 8 Uhr, bei Rotwittich, Lange Str. 30:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

- 1. Kassen- und Geschäftsbericht vom 2. Quartal 1916. 2. Die Reichskonferenz der Textilarbeiter Deutschlands am 23. Juli 1916 in Bamberg und Wahl der Delegierten zu derselben (Berlin hat zwei Delegierte zu entsenden). 3. Der Beschluß der Vertrauensmänner-Versammlung vom 18. Mai 1916: Aussprache über die Schreibweise unseres Fachblattes.

NB. In dieser Generalversammlung findet die Delegiertenwahl zu der Reichskonferenz statt, es muß sich deshalb jeder Versammlungsbesucher durch Vorzeigung seines Verbandsbuches als Mitglied ausweisen.

Filiale Crefeld.

Am Montag, den 10. Juli, abends 9 Uhr, im „Volks-haus“, Breite Str. 25:

Quartalsversammlung.

Als Tagesordnung ist vorgesehen:

- 1. Kassenbericht. 2. Vorschläge für Kandidaten zur Reichskonferenz der Textilarbeiter in Bamberg i. Bayern. 3. Verschiedenes.

Kollegen und Kolleginnen! Anschließend an die Versammlung findet noch die Wahl der Delegierten, die in der Versammlung zum Vorschlag kommen, nach den Vorschriften unseres Statuts statt. Es ist daher dringend nötig, daß jeder Versammlungsbesucher sein Mitgliedsbuch mitbringt, denn ohne dasselbe kann und darf niemand wählen. Einer regen Beteiligung sieht entgegen Die Ortsverwaltung.

Arbeitsmarkt

(Preis pro Zeile 50 Pf. Unter Chiffre wird kein Arbeitergehalt ausgenommen, außer wenn die Offerten durch die Expedition dem Aufgeber übermittelt werden sollen. — Garantie für Aufnahme wird nicht geleistet.)

Fabrik-Arbeiter

20 bis 50 Jahre alt, aus Thüringen und angrenzenden Gebieten, für chemische Fabrik (Rheinland) zu Kriegslieferungen bei freier Reise gesucht. Städtischer Arbeitsnachweis Weimar.

Da wir von den Arbeitsbedingungen keine Kenntnis haben, wolle man sich mit Anfragen deswegen nicht an uns, sondern direkt an den inserierenden Arbeitsnachweis in Weimar wenden. Die Red.

Redaktionschluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 8. Juli

Verlag: Karl Süß. — Verantwortlich für die mit \* versehenen Artikel Hermann Krähig, für alles andere Paul Wagener. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.